

Verlage

„Transparente Industriespionage“



Christopher Lauer, 30, Ex-vorsitzender der Piratenpartei in Berlin und seit 1. April Strategie beim Axel-Springer-

Verlag, über Googles Kooperation mit diversen Verlagen (u. a. DER SPIEGEL), die digitale Projekte europäischer Medien mit 150 Millionen Euro fördern will

SPIEGEL: Springer macht bei Googles Initiative nicht mit. Wollten Sie nicht, oder sind Sie gar nicht gefragt worden?

Lauer: Natürlich ist Google auf uns zugekommen, aber ohne konkret zu benennen, worum es geht. Wir können dabei aktuell nicht mitmachen, weil jede Frage zu dieser Initiative für uns unbeantwortet bleibt. Es ist nicht mal klar, in welche Unternehmen und Innovationen investiert werden soll. Ich kann mir kaum vorstellen, dass Google 150 Millionen Euro zur Verfügung stellt, damit die Verlage damit zu Microsoft laufen und sich dort eine tolle Software bauen lassen. **SPIEGEL:** Google behauptet, es wolle nur den Verlagen helfen.

Lauer: In dieser Kooperation gewinnt vor allem Google, ein Konzern, der bisher keine direkte Erfahrung im Verlagsgeschäft hat. Die Verlage stellen Google ihr Wissen zur Verfügung. Da findet ein

„Brain Drain“ in Richtung Google statt, den man auch transparente Industriespionage nennen könnte. Und irgendwann stellt sich Google hin und sagt: Jetzt verstehen wir das halbwegs, jetzt machen wir es selbst und besser. **SPIEGEL:** Viele Verlage hinken technologisch hinterher. Warum also nicht von Google lernen?

Lauer: Natürlich kann man das, aber Google ist in erster Linie ein Konkurrent auf dem Werbemarkt. Der Konzern macht den Verlagen ihr Hauptgeschäft streitig. Eine langfristige und gesunde Kooperation zwischen Google und den Verlagen schließt sich deshalb praktisch aus.

SPIEGEL: Ist die Initiative also bloß ein Ablasshandel, um die Verlage zu befrieden?

Lauer: Es ist jedenfalls eine clevere PR-Maßnahme.

Google kann sich jetzt hinstellen und sagen: Was habt ihr denn, liebe Verlage? Wir bieten euch doch an zu kooperieren. Jeder, der auf das Angebot nicht eingeht, muss sich erst mal rechtfertigen.

SPIEGEL: Vielleicht hat Google verstanden, dass es Verlage und ihre Inhalte braucht?

Lauer: Dann könnte Google doch einfach das Leistungsschutzrecht akzeptieren. Mit dem Geld könnten die Verlage dann auch in digitale Innovationen investieren. Aber statt sich an das geltende Recht zu halten, streut Google jetzt 150 Millionen Euro

Android-Figur vor der Google-Zentrale in Kalifornien



über Europa aus. Angesichts der sieben Milliarden Dollar, die Google jedes Jahr für Forschung und Entwicklung ausgibt, ist das ein Witz und wirft die Frage auf, wie ernst es dem Konzern wirklich ist.

SPIEGEL: Sie waren als Pirat kein Fan des Leistungsschutzrechts, das Google verpflichtet, für Verlagsinhalte in den Suchtreffern zu zahlen. Müssen Sie es jetzt verteidigen, weil Springer zu den treibenden Kräften für das Gesetz gehört?

Lauer: Die Fakten sind doch da: Google beherrscht den Suchmarkt und steht gleich-

zeitig in direkter Konkurrenz zu jedem Verlagsangebot. Es nimmt den Verlagen Werbegeld weg und gefährdet damit unabhängigen Journalismus. Der Gesetzgeber hat mit dem Leistungsschutzrecht eine Lösung gefunden, und Google weigert sich einfach, sie zu akzeptieren.

SPIEGEL: Die Verlage sehen in dem Projekt auch die Chance, mit Google auf hochrangiger Ebene zu sprechen.

Lauer: Vielleicht klingt das arrogant, aber wenn wir mit Eric Schmidt sprechen wollen, findet Mathias Döpfner schon eine Möglichkeit. ih

Presserecht

EU-Richtlinie könnte Enthüller behindern

Eine geplante EU-Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen beunruhigt den Verband der Zeitschriftenverleger (VDZ). Bislang dürfen Journalisten alle Informationen verwerten, die ihnen zugespielt werden, solange sie diese nicht illegal erworben haben. Künftig könnten Unternehmen eine Berichterstattung verhindern, sofern diese auf internen Papieren beruht. Sie wäre allenfalls erlaubt, wenn dabei rechtswidriges Verhalten enthüllt würde. „Ich halte die

Entwicklung für problematisch“, sagt Christoph Fiedler, der beim VDZ für Europa- und Medienpolitik zuständig ist. „Es droht eine Richtlinie, die die investigative Berichterstattung über Unternehmen wesentlich beschränken könnte.“ Von Nachteil sei auch, dass über Fragen, die sich aus der Richtlinie ergeben, letztlich der Europäische Gerichtshof entscheiden werde und nicht das Bundesverfassungsgericht, das die Meinungsfreiheit traditionell hochhält. Am 7. Mai soll der Rechtsausschuss des EU-Parlaments über die Richtlinie abstimmen, bevor sich schließlich der Europarat mit dem Thema beschäftigt. akü